



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

17. Sitzung

Donnerstag, 6. Oktober 2022

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	1430	2 Fragestunde	1445
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	1430	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
1 Aktuelle Stunde	1430	MPK zu Energiepreisen	1446
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)	1446
Ergebnisse der Expertenkommission des Senats zu Verbesserungen von Wahlabläufen	1430	Regierende Bürgermeisterin	
(auf Antrag der Fraktion der SPD)		Franziska Giffey	1446
in Verbindung mit		Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)	1446
43 A Missbilligungsantrag gegen den Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Andreas Geisel	1431	Regierende Bürgermeisterin	
Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion		Franziska Giffey	1446
Drucksache 19/0562		Holger Krestel (FDP)	1447
Christian Hochgrebe (SPD)	1431	Regierende Bürgermeisterin	
Kai Wegner (CDU)	1433	Franziska Giffey	1447
Vasili Franco (GRÜNE)	1435	Holger Krestel (FDP)	1447
Dr. Kristin Brinker (AfD)	1437	Regierende Bürgermeisterin	
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	1438	Franziska Giffey	1447
Kai Wegner (CDU)	1440	Holger Krestel (FDP)	1447
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	1440	Regierende Bürgermeisterin	
Cornelia Seibeld (CDU)	1440	Franziska Giffey	1447
Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	1440	Holger Krestel (FDP)	1447
Sebastian Czaja (FDP)	1441	Regierende Bürgermeisterin	
Senatorin Iris Spranger	1443	Franziska Giffey	1447
Ergebnis	1445	Tarifvertrag für behinderte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber	1447
Abstimmungsliste	1522	Catrin Wahlen (GRÜNE)	1447
		Senatorin Katja Kipping	1448
		Catrin Wahlen (GRÜNE)	1448
		Senatorin Katja Kipping	1448
		Richterliches Zurückhaltungs- und Mäßigungsgebot bei zivilgesellschaftlichen Aktivitäten	1448
		Alexander Herrmann (CDU)	1448
		Senatorin Dr. Lena Kreck	1449
		Alexander Herrmann (CDU)	1449
		Senatorin Dr. Lena Kreck	1449
		Cornelia Seibeld (CDU)	1449
		Senatorin Dr. Lena Kreck	1449
		Preissenkung Sozialticket Berlin AB	1450
		Kristian Ronneburg (LINKE)	1450
		Bürgermeisterin Bettina Jarasch	1450

Kristian Ronneburg (LINKE)	1450	Staatssekretär Alexander Slotty	1457
Bürgermeisterin Bettina Jarasch	1450	Sozialpsychiatrischer Dienst Neukölln	1457
Andreas Otto (GRÜNE)	1450	Frank-Christian Hansel (AfD)	1457
Bürgermeisterin Bettina Jarasch	1451	Staatssekretärin Armaghan Naghipour	1458
Kita des Trägers Schwulenberatung Berlin gGmbH	1451	Frank-Christian Hansel (AfD)	1458
Tommy Tabor (AfD)	1451	Staatssekretärin Armaghan Naghipour	1458
Staatssekretär Alexander Slotty	1452	Ronald Gläser (AfD)	1458
Tommy Tabor (AfD)	1452	Staatssekretärin Armaghan Naghipour	1458
Staatssekretär Alexander Slotty	1452	Nachtragshaushalt	1458
Sebastian Walter (GRÜNE)	1452	Felix Reifschneider (FDP)	1458
Staatssekretär Alexander Slotty	1452	Senator Daniel Wesener	1458
Förderanträge nach Krankenhauszukunftsgesetz	1452	Felix Reifschneider (FDP)	1458
Florian Kluckert (FDP)	1452	Senator Daniel Wesener	1459
Staatssekretärin Armaghan Naghipour	1452	Steffen Zillich (LINKE)	1459
Florian Kluckert (FDP)	1453	Senator Daniel Wesener	1459
Senator Daniel Wesener	1453	3 Prioritäten	1459
Christian Wolf (FDP)	1453	gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Senator Daniel Wesener	1453	3.1 Priorität der Fraktion der CDU	1459
Filmen von Polizisten durch mutmaßliche Islamisten	1454	43 B Das Vertrauen ist endgültig verloren – die Regierende Bürgermeisterin muss Senator Geisel sofort entlassen	1459
Kurt Wansner (CDU)	1454	Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung Drucksache 19/0564	
Senatorin Iris Spranger	1454	Stefan Evers (CDU)	1460
Kurt Wansner (CDU)	1454	Torsten Schneider (SPD)	1461
Senatorin Iris Spranger	1454	Dr. Kristin Brinker (AfD)	1462
Björn Matthias Jotzo (FDP)	1454	Björn Matthias Jotzo (FDP)	1463
Senatorin Iris Spranger	1454	Stefan Evers (CDU)	1464
Störaktionen der „Letzten Generation“	1455	Björn Matthias Jotzo (FDP)	1464
Marc Vallendar (AfD)	1455	Ergebnis	1465
Senatorin Iris Spranger	1455	Abstimmungsliste	1524
Marc Vallendar (AfD)	1455	3.2 Priorität der Fraktion Die Linke, der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1465
Senatorin Iris Spranger	1455	25 Open-Source-Strategie für Berlin	1465
Karsten Woldeit (AfD)	1455	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Digitalisierung und Datenschutz vom 21. September 2022 Drucksache 19/0535	
Senatorin Dr. Lena Kreck	1455	zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/0480	
Kooperation des Berliner Forums der Religionen	1456	Tobias Schulze (LINKE)	1465
Dr. Hugh Bronson (AfD)	1456	Johannes Kraft (CDU)	1466
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	1456	Jan Lehmann (SPD)	1466
Dr. Hugh Bronson (AfD)	1456		
Bürgermeister Dr. Klaus Lederer	1456		
Erlass von Sondernutzungsgebühren	1457		
Christian Wolf (FDP)	1457		
Senator Stephan Schwarz	1457		
Christian Wolf (FDP)	1457		
Senator Stephan Schwarz	1457		
Drohbriefe an Schulen von Coronaleugnern	1457		
Marcel Hopp (SPD)	1457		

(Stefan Evers)

wie Pattex. – In Berlin heißt es inzwischen, nur Geisel klebt wie Pattex, und das tut der Politik nicht gut.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Dr. Hugh Bronson (AfD)]

Und damit sind wir bei Ihnen, Frau Giffey! Sie wissen selbst am besten, dass Herr Geisel längst hätte Konsequenzen ziehen müssen. Sie kennen sich mit Rücktritten aus. Er mag Ihr Lieblingssenator sein, und ich bin der Letzte, der seine fachlichen und politischen Verdienste in Abrede stellt, baupolitisch dürfte ich ihm sogar näherstehen als ein guter Teil Ihrer eigenen Mannschaft, das wissen Sie auch,

[Heiterkeit und Beifall bei der CDU]

aber bei aller Sympathie, diese Verweigerungshaltung ist inzwischen zu einer Belastung geworden, zu einer Belastung für Ihren Senat, zu einer Belastung auch für unsere Stadt. Das durfte ich gerade auf der Expo in München erleben, wo der Senator gar nicht dabei war, aber es hat eine Wirkung auch auf den heutigen Zuständigkeitsbereich des Senators, wenn er dermaßen angeschlagen durchs Land zieht. Er schadet auch seinem jetzigen Amt. Deswegen: Wenn Herr Geisel an seinem Stuhl klebt, dann ist es Ihre Verantwortung als Chefin im Haus, ihm den Stuhl vor die Tür zu stellen. Dazu fordern wir Sie auf. Das ist der Inhalt unseres Antrags, und ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Schneider das Wort. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben, und mit „wir“ meine ich das ganze übrige Parlament, der CDU zwei Angebote unterbreitet – erstens, ob es nicht vielleicht politisch klüger wäre, heute im Rahmen der Aktuellen Stunde diesen Entlassungsantrag hinzu zu verbinden. Da reden die Fraktionsvorsitzenden der Opposition, und da ist dann die namentliche Abstimmung, die jetzt wieder avisiert ist, und dann klärt man diese Frage. Da hat das Interesse, das Thema zweimal zu skandalisieren, überwogen.

Zweitens: Wir haben der CDU-Fraktion am 21. September, weil es da terminliche Unschärfen gibt, und zwar auch alle anderen Fraktionen dieses Hauses, angeboten, auf Konsens orientiert tatsächliche und möglicherweise rechtliche Veränderungen zu besprechen,

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

und zwar ausdrücklich unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Expertenkommission des Senates, der Einlassung des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes und

der erwartbaren Hinweise des Verfassungsgerichtshofes Berlin. Ich habe am Dienstag im Ältestenrat daran noch mal erinnert. Der Befund ist klar, das ist hier heute schon gesagt worden, Sie verweigern sich dieser Position, und das können Sie jetzt auch nicht mit Ihrer durchschnittlichen Rede schönreden. Ich erlaube mir, dass mal so zu sagen. Sie verweigern sich, das Erforderliche zu tun, wozu sich das übrige Parlament verabredet hat. Das ist leider eine Tatsache.

Jetzt soll die Regierende Bürgermeisterin herangezogen werden und den Senator entlassen. Wir hatten dazu vorhin eine namentliche Abstimmung. Insoweit ist diese Frage entschieden.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Die Koalition wird Ihren Antrag ablehnen. Ich füge hinzu: Das ist nicht Ausdruck eines Bewusstseins, dass wir eine fehlerfreie Wahl hatten. Das ist nicht Ausdruck eines Bewusstseins, dass wir nichts miteinander zu besprechen, zu bewerten, zu verändern haben. Da sind wir vollkommen klar, sondern es ist Ausdruck des Bewusstseins, dass wir den Eindruck haben, dass Sie einen Vorgang von staatspolitischer Bedeutung politisieren wollen und dass es Ihnen nur darauf ankommt.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Glauben Sie mir, das ist jetzt meine persönliche Meinung, es macht mich betroffen, was ich so alles höre.

[Zuruf von der CDU: Uns auch!]

Das haben Sie ja wieder anklingen lassen, die SPD habe irgendeinen Beschluss verkündet und all dergleichen mehr. Es ist nicht nur staatspolitisch wichtig, dass die Integrität eines Parlaments gewahrt ist. Es ist auch staatspolitisch wichtig, dass die Integrität unseres Verfassungsgerichtshofes gewahrt wird.

[Christian Gräff (CDU): Haben wir ja heute erlebt!
Peinliche Rede!]

Genau darum geht es jetzt. Das Verfassungsgericht hat eine äußerst komplexe und schwierige Entscheidung zu treffen, mit aufgeworfenen Rechtsfragen. Wir sind nicht der Ort, und das habe ich heute bei den Grünen gehört, das fand ich sehr gut, da Ratschläge zu erteilen oder Hinweise zu geben, Rechtsauffassungen auszutauschen, aber manche Wortmeldung, die ich zum Beispiel heute in der „FAZ“ gelesen habe, da habe ich schon meine Zweifel, ob das der richtige Weg ist.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Am Ende des Tages hat mich eine Wortmeldung am meisten überrascht, und das ist heute hier schon angekungen, ich teile Ihnen eine persönliche Auffassung mit: Wir werden Berlin erobern, sagt der Generalsekretär der CDU, wo sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in Europa gerade mit einer Eroberung auseinandersetzen muss,

(Torsten Schneider)

existenzielle Ängste herrschen, öffentlich diskutiert wird, ob wir erleben, dass in Europa Kernwaffen von einem Eroberer eingesetzt werden.

[Zurufe von der CDU]

Da versteigen Sie sich zu solcher Thematik. Das ist wirklich abscheulich. Ich muss Ihnen das so deutlich sagen.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Ich möchte keiner Fraktion vorgreifen, aber ich habe das ja schon persönlich ausgerichtet, da finde ich das Verhalten der FDP viel konstruktiver und klüger.

[Stefan Evers (CDU): Natürlich, klar! –
Christian Gräff (CDU): Ah!]

In der gesellschaftlichen Realität haben wir ein staatspolitisch sehr wichtiges Ereignis mit möglicherweise grundsätzlichen Entscheidungen, die hier getroffen werden, aber wir müssen dafür sorgen, die existenziellen Ängste der Menschen aufzufangen, wir müssen dafür sorgen, dass keine Heizungen abgestellt werden.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ja,
machen Sie es doch!]

Wir müssen dafür sorgen, dass Leute nicht Hunger leiden. Wir müssen Menschen entlasten. Ich sage Ihnen, da sind wir sehr sicher.

[Zurufe von der CDU]

Das wird das wahlbeherrschende Thema sein. Wenn Sie sich in solchen Phrasen erschöpfen, dann werden Sie dabei keine Rolle spielen. – Ich danke!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und
der LINKEN –

Kurt Wansner (CDU): So kann man auch
heucheln, selber verantwortlich für den Mist!]

Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat nun Frau Dr. Brinker das Wort. – Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Schneider hat recht, das Thema ist eigentlich ein ganz anderes, ein viel drängenderes: Wie bekommen wir Energiesicherheit in diese Stadt? Wie bekommen wir das hin, dass die Leute ausreichend Geld haben, um ihre Energiekosten zu bezahlen? – Genau darum geht es, und insofern ist dieser Entschließungsantrag mit der ganzen Entstehungsgeschichte tatsächlich, ja, fast schon ein politischer Kindergarten, der hier von der CDU veranstaltet wird.

[Beifall bei der AfD]

Die CDU präsentiert sich hier als große Aufklärerin des Berliner Wahlchaos. Herr Geisel müsse zurücktreten, weil Herr Geisel für die Chaoswahl verantwortlich sei – das sehen wir ja auch so. Wir werden deshalb den Antrag der CDU auch unterstützen, aber: Ich möchte einiges zur CDU sagen, die sich ja aktuell als große Verteidigerin der Demokratie aufspielt. Wir, die Alternative für Deutschland, haben von Anfang an unsere Zweifel am Berliner Wahlergebnis geäußert.

[Zuruf von Anne Helm (LINKE)]

Gemeinsam mit 36 anderen Klägern haben wir beim Landesverfassungsgericht Einspruch eingelegt. Nur vier der 36 Einsprüche wurden zur Verhandlung zugelassen; darunter unser Einspruch, der Einspruch der AfD Berlin als einziger Partei, die hier im Haus vertreten ist.

[Beifall bei der AfD]

Den Kollegen Evers von der CDU habe ich vergangene Woche auch beim Verfassungsgericht gesehen: auf der Tribüne, als Zuhörer. Einen inhaltlich umfassenden Beitrag hat die CDU bei der Verhandlung nicht geliefert. Warum auch – Sie haben ja gar nicht geklagt.

[Beifall bei der AfD]

Offenbar hatten Sie bis letzte Woche noch nichts an den fatalen Wahlfehlern auszusetzen, und ganz ehrlich: Mich wundert das nicht, denn für die chaotischen Zustände in dieser Stadt ist ja auch die CDU, sind Sie ja auch mitverantwortlich.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Richtig!]

Herrn Geisels Vorgänger im Amt war Innensenator Frank Henkel von der CDU. Auch zu seiner Amtszeit ist es schon zu Wahlfehlern gekommen. Herr Henkel wurde auch frühzeitig von der Landeswahlleiterin auf Fehlerquellen hingewiesen, auch Herr Henkel hat nichts dagegen getan. Das ist der Grund, warum die CDU nicht geklagt hat – weil sie mitverantwortlich ist.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Mich wundert es auch nicht, dass die CDU kein Interesse an der korrekten Durchführung von Wahlen hat, denn diese CDU ist ja auch in der Vergangenheit nicht als Verfechterin der Demokratie besonders in Erscheinung getreten, im Gegenteil:

[Zuruf von Stefan Evers (CDU)]

Ich erinnere mich noch gut an die Worte von Kanzlerin Merkel, die eine demokratische Wahl in Thüringen rückgängig machen ließ, weil ihr das Ergebnis nicht gefiel.

[Beifall bei der AfD –
Zurufe von der AfD]

Es geht Ihnen also gar nicht um einen demokratischen Wettbewerb, es geht Ihnen nicht um Standpunkte, die auch gegen Widerstände verteidigt werden, und deshalb